

Frankfurter Rundschau

Politik - 29 | 10 | 2012

NEBENEINKÜNFTE

Steinbrück redet für 1,2 Millionen



SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hat die Honorare für von ihm gehaltene Vorträge offengelegt.
Foto: dpa

Von Steven Geyer

Die Honorare des früheren Finanzministers sind deutlich höher als bislang angenommen. Korruptionswächter fordern von Politikern Abrechnungen „auf Heller und Pfennig“.

Die Nebeneinkünfte des designierten SPD-Kanzlerkandidaten waren deutlich höher als bisher angenommen. Für 89 Vorträge erhielt Peer Steinbrück seit 2009 ein Gesamthonorar von 1,25 Millionen Euro. Das geht aus dem Bericht eines Wirtschaftsprüfers hervor, den Steinbrück beauftragt hatte, berichtete die Bild-Zeitung am Montag.

Der ehemalige Finanzminister habe nach dem Ausscheiden aus dem Amt aber auch 237 Reden ohne Bezahlung gehalten, etwa für Schulen und gemeinnützige Organisationen. Für die Honorarvorträge habe er zwischen 1000 und 25.000 Euro erhalten, heiße es in dem Bericht. Wiederholt habe er das

Geld auch direkt an soziale Einrichtungen wie Pro Familia auszahlen lassen.

Versuchte Einflussnahme erkennen

Steinbrück hatte jüngst angesichts der Debatte über seine Rednertätigkeiten angekündigt, seine Nebeneinkünfte freiwillig im Detail offenzulegen. Dazu sind die Bundestagsabgeordneten gesetzlich bisher nicht verpflichtet. Zu den nun bekannt gewordenen Zahlen will Steinbrück sich am Dienstag äußern. SPD-Chef Sigmar Gabriel sagte, danach werde es „keinen Zweifel mehr an Steinbrück geben“. Was er freiwillig mache, gehöre aber auch ins Abgeordnetengesetz.

Für die Grünen zeigt die hohe Summe der Einnahmen Steinbrücks, wie ungenau die bestehende Regelung zur Offenlegung von Nebeneinkünften ist, sagte ihr Parlamentarischer Geschäftsführer, Volker Beck, der Berliner Zeitung. „Union und FDP haben präzise Angaben bisher verhindert.“ Dadurch sei nicht einzuschätzen, ob Steinbrück an der Spitze der Topverdiener im Bundestag steht. „Wichtiger als die Summe für einzelne Politiker ist aber, dass jeder Abgeordnete offenlegt, wie viel Geld er aus welcher Quelle bezogen hat“, so Beck. „Nur so kann man die Honorarhöhe einordnen und versuchte Einflussnahme erkennen.“

Das fordern auch die unabhängigen Gruppen Abgeordnetenwatch und Transparency International. „Jeder Abgeordnete sollte auf Heller und Pfennig veröffentlichen, wofür er neben dem Mandat Geld bekam“, sagte Transparency-Vorstand Jochen Bäumel. „Dann kann der Wähler entscheiden, was er für zulässig hält.“ Bei Vortragsreisenden wie Steinbrück sei auch wichtig, den wahren Geldgeber zu nennen und nicht nur die vermittelnde Agentur.

„Man muss sich auch fragen: Kann jemand, der 300 Vorträge in drei Jahren hält, noch seiner politischen Tätigkeit nachkommen?“

Den Angaben zufolge hätte Steinbrück etwa fünfmal so viel durch Vorträge eingenommen wie durch Diäten, betonte auch Gregor Hackmack von der Transparenz-Initiative Abgeordnetenwatch. „Was ist da Haupt- und was Nebentätigkeit? Welchem Dienstherrn fühlt man sich da mehr verpflichtet?“

Bestechung per Beratervertrag

Problematischer als die Summe wäre laut Abgeordnetenwatch, wenn einzelne Firmen Honorare deutlich über Marktwert des Redners gezahlt hätten. „Bestechung läuft heute nicht mehr per Bargeldkoffer, sondern über Beraterverträge und Vortragshonorare“, sagte Hackmack. „Wenn Steinbrück hier für 1 000 Euro und da für 25 000 Euro geredet hat, muss man prüfen: Wer war bereit, 25.000 Euro zu zahlen – und warum?“

So erhielt Steinbrück 2011 für eine Rede von der Kanzlei Freshfield-Bruckhaus-Deringer mehr als 7000 Euro – genauere Angaben sind derzeit nicht vorgeschrieben. Diese Kanzlei hatte 2008 für das Finanzministerium unter Steinbrück den Auftrag erhalten, ein Finanzmarktgesetz zu erarbeiten – offenbar ohne vorherige Ausschreibung. „Wenn die Kanzlei danach klar über Marktwert honoriert hätte, wäre das bedenklich“, so Hackmack.

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/politik/nebeneinkuenfte-steinbrueck-redet-fuer-1-2-millionen,1472596,20740520.html>

Copyright © 2010 Frankfurter Rundschau